

senen Türen

STATT FREIHANDEL DROHT HANDELSDIKTATUR

Was als „Freihandel“ verkauft wird, entpuppt sich so mehr und mehr als Handelsdiktatur.

Die Politik der „Verhandlungen hinter verschlossenen Türen“ macht dabei nicht einmal vor den Abgeordneten des Europäischen Parlaments Halt. Statt freier Akteneinsicht erhalten sie auf Anfrage einen Termin in sogenannten „Leseräumen“ zugeteilt. Dort dürfen sie sich auf eigens zur Verfügung gestelltem Papier Notizen machen. Kopien und Fotos sind verboten. Thomas Kattinig, Internationaler Se-

ekretär der GdG-KMSfB: „Mit TTIP & Co. droht ein Angriff auf alles, was über Jahrzehnte hart erkämpft wurde. Internationale Konzerne stellen soziale Sicherheit, öffentliche Daseinsvorsorge, Arbeitsrechte, Umweltschutz, nachhaltige Landwirtschaft und Demokratie als Handelshemmnisse dar, die ihre Profitmöglichkeiten schmälern.“

Dass selbst den europäischen Abgeordneten der Zugang zu den Akten erschwert wird, wirft ein deutliches Licht auf die Taktik bei diesen Verhandlungen. Das ist nicht weniger, als eine Aushöhlung der europäischen Demokratie.“

DER WIDERSTAND WÄCHST: GLOBALER AKTIONSTAG

Währenddessen wächst der Widerstand gegen TTIP & Co. stetig weiter. Unter anderem haben sich bereits 129 österreichische Städte und Gemeinden per Gemeinderatsbeschluss gegen die geplanten Handels- und Deregulierungsabkommen ausgesprochen. 85 davon haben eine entsprechende Resolution des Bündnisses TTIP STOPPEN unterzeichnet.

Am 18. April 2015 findet als nächster Schritt ein globaler Aktionstag statt. Kattinig: „Noch ist es nicht zu spät! Gemeinsam können wir TTIP, CETA und TiSA mit unserem Protest stoppen! Handelspolitik muss demokratisch und transparent stattfinden – im Dienste der Menschen und der Umwelt und nicht der Konzerne.“

Linktipps:

www.ttip-stoppen.at

www.gdg-kmsfb.at

www.attac.at

Telefone“

Und wo findet die Akteneinsicht statt?

Die Leseräume befinden sich in einem wenig belebten Teil des EU-Parlaments. Sie sind gar nicht so leicht zu finden, da hier keine laufenden Zimmernummern verwendet werden – die Nummer des gesuchten Raums scheint es auf den ersten Blick nicht zu geben. Vor Ort erhält man dann von Mitarbeitern die angeforderten Akten.

Und die darf man sich dann kopieren?

Nein, das ist nicht vorgesehen. Das läuft so ab: Zunächst muss man sein Telefon abgeben und bekommt im Gegenzug einen Kugelschreiber und für Notizen eigens bereit gestelltes Papier ausgehändigt. Dann erhält man Zugang zu einem schmucklosen und fensterlosen Raum, in dem als wesentlicher Einrichtungsgegenstand ein Panzerschrank steht. In diesem Raum kann man sich dann seine handschriftlichen Notizen machen.

Ein umständliches Prozedere. Ist zumindest die Einsicht in jedes beliebige Schriftstück erlaubt?

Nein, das ist nicht der Fall. Manche Dokumente sind auch für EU-Abgeordnete nicht einsehbar.

Wir danken für dieses Gespräch.

AMNESTY
INTERNATIONAL



Sabine Vogler

Amnesty-Netzwerk Arbeit,
Wirtschaft und soziale Rechte

MYANMAR:

Goldgräber-Stimmung führt zu schweren Menschen- rechtsverletzungen

Jade, Gold und Edelsteine: Myanmar ist reich an Bodenschätzen und arm an Technologie und Wissen beim Abbau, was Investoren anzieht. Seit der Lockerung der Sanktionen im Jahr 2012 haben sich zahlreiche multinationale Unternehmen, insbesondere aus Kanada und China, in Myanmar angesiedelt. Doch Menschenrechte werden dabei mit Füßen getreten: Ausländische Unternehmen machen sich zu Komplizen der Regierung in Myanmar, wo ein schwaches Rechtssystem und eine von Militärs und Partikularinteressen beherrschte Wirtschaft einen Rahmen für Menschenrechtsverletzungen schaffen.

Rund um den Kupferminen-Komplex von Monywa haben Zwangsvertreibungen im großem Ausmaß und Umweltverschmutzung die Existenzgrundlage Tausender Menschen zerstört und sie gesundheitlichen Risiken ausgesetzt. Proteste der lokalen Bevölkerung wurden von der Polizei mit brutaler Gewalt niedergeschlagen. In einem Fall wurde sogar weißer Phosphor, eine giftige und hochexplosive Substanz, gegen DemonstrantInnen eingesetzt.

Amnesty International veröffentlichte einen detaillierten Bericht zu den Vorkommnissen rund um den Kupferminen-Komplex von Monywa und stellte an die Regierung von Myanmar, an die ausländischen Unternehmen und an die Regierungen der Länder, aus denen die Investoren stammen, Forderungen zum Schutz der Menschenrechte vor Ort. Weitere Informationen unter

gewerkschafterInnen.amnesty.at